

Neue Zeitungen Tagblatt

Merseburger Zeitung Kreisblatt Merseburger Kurier

Mit den amtlichen Bekanntmachungen des Stadt- und Landkreises Merseburg. Einzelpreis 15 Rp. Merseburg, Donnerstag, den 21. August 1930 Nummer 195

Rücktritt der bayrischen Regierung.

Die Sozialdemokraten sollen die Verantwortung übernehmen.

Im Bayerischen Landtag stimmten gestern bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Zwittergesetzentwurf zur Unterstützung der vom Ministerium erlassenen Notverordnung über die Sozialgesetzgebung 62 Abgeordnete der Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten, Deutsche Volkspartei und Bauernbund für die Abstimmung, 68 Abgeordnete der Reichlichen Volkspartei und der Deutschnationalen dagegen.

Daraufhin erklärte der Ministerpräsident namens des Gesamtkabinetts den Rücktritt der Regierung.

Dem Rücktritt des Gesamtkabinetts ging eine schriftliche Erklärung des Finanzministers Dr. Schmalz voran, in der er seinen Rücktritt antwortend in diesem Schreiben heißt es u. a.:

„Der Landtag hat heute ein Gesetz beschlossen, das nach meiner Überzeugung für den bayerischen Staat von den verwerlichsten Folgen sein wird. Es geht gegen mein Gewissen, dieses Gesetz durch meine Unterschrift zu bezeugen. Diesen Konflikt der Gewissen glaube ich nur dadurch lösen zu können, daß ich von meinem Amt zurücktrete. Gemäß § 59 Abs. 2 der Verfassungsurkunde erkläre ich daher hiermit meinen Rücktritt.“

Am Bayerischen Landtag wurde am Schluß der Mittwochsberatung der Antrag des bayerischen Bauernbundes auf Kürzung der früheren Besoldungssteigerung um 25 v. H. abgelehnt. Der Antrag auf Streichung der Ministerialzulagen wurde angenommen.

Der sozialdemokratische Antrag, der auf sofortige Inangriffnahme der Staatsvereinsaufhebung und Abbau der freiwilligen Leistungen an die Kirche um 8 Mill. M. vorliegt, wurde mit den Stimmen der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt.

Dagegen wurde einstimmig ein Antrag der Bayerischen Volkspartei auf Drosselung der Staatsausgaben um 10 Mill. M. bis zum Jahre 1935 angenommen. Der deutschnationale Antrag auf Kürzung der Wehrkosten wurde abgelehnt, dagegen ein Antrag der Bayerischen Volkspartei auf Zurückstellung dieser Frage bis zu einem späteren Zeitpunkt angenommen.

Die Sozialdemokraten mit Neubildung der Regierung beauftragt.

Der Landtagspräsident Eting hat der sozialdemokratischen Fraktion den Auftrag erteilt, die Frage der Bildung einer neuen bayerischen Regierung in die Wege zu leiten und dem Landtagspräsidium spätestens innerhalb zehn Tagen Mitteilung über das Ergebnis zu machen.

Die bayerische Regierung handelt nach allem parlamentarischen Brauch, wenn sie der stärksten Oppositionspartei, die die Regierung gestützt hat, die Verantwortung überträgt. Nun müssen die Sozialisten sehen, wie sie ihrerseits die bayrischen Finanzen in Ordnung bringen. Gelingen wird es ihnen schwerlich, so daß möglicherweise auch in Bayern Landtagswahlen erfolgen werden.

An der getragenen Berliner Börse hörte man allgemein von einem neuen Reichsdefizit sprechen, das zwischen 100 und 120 Millionen betragen und schon ultimo Juni eingetreten sein soll.

Reichsminister Brüch hat zu einigen süddeutschen Abgeordneten erklärt, das Verbot des Braunverweinschanks am Wochentag sei nur eine der Anordnungen, die den ruhigen Verlauf der Wahl sichern sollen. Die Reichsregierung werde auch einer Fortsetzung der Gewaltanwendung bei Wahlveranstaltungen und Umäßen nicht länger untätig zusehen.

In Hamburg kam es zu einer schweren Schlägerei zwischen Anhängern der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der K. P. D. Nach Schluß der nationalsozialistischen Versammlung ging man nach Stellingen und Western aufeinander los. Räum Personen wurden mit Hieb- und Stichverletzungen in ein Krankenhaus geschafft werden. Zwei sind schwer verletzt.

Bürgerliche Wahlgemeinschaft in Braunschweig.

Langwierige Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien im Freistaat Braunschweig haben zur Schaffung einer bürgerlichen Einheitsfront geführt, die die Christlich-nationale Bauern- und Volkspartei, die Deutschnationale Volkspartei (1), die Braunschweigischen Landbund, den Bürgerbund, den Vereinigten Mittelbund, den Braunschweigischen Landesverband, die Braunschweigischen Bauernvereine sowie den Landesverband Braunschweigischer Frauervereine umfaßt.

In dem gemeinsamen Wahlantrag wird u. a. festgestellt, daß durch die Einigung der bürgerlichen Wähler, die gewollt seien, den Kampf gegen den Marxismus aufzunehmen, der dringende Wunsch der Bevölkerung erfüllt werde.

Einstimmig sei der fruchtbarste Boden, aus dem folgen erwachsen: Sparlosigkeit im Staatshaushalt, gerechte Behandlung des Beamtenums ohne Anfechtung des Paragrafens, Schutz der bis an den Ruin gebrachten Privatwirtschaft und insbesondere Schutz der entgangenen Reichsvereinsangehörigen christlichen Schule.

An die Stelle des bisherigen Systems einseitiger sozialdemokratischer Parteierkennung gelte es, ein solches zu legen, das Pflichterfüllung, Sauberkeit und Verantwortungsbewußtsein der Gesamtheit gegenüber als obersten Grundfals anerkenne. Die Einheitsliste weist 40 Namen von Persönlichkeiten aus dem alle Berufsweize einschließenden Wirtschaftslife und Verwaltungsleben des ganzen Landes auf.

Sollte es den Herren Führern der Reichstagsparteien nicht auch endlich möglich sein, ihre Demagogien zu überwinden und dem Willen der überwiegenden Mehrheit der Wähler entsprechend unter Beilegung aller Einseitigkeiten auch für den Reichstag eine bürgerliche Einheitsfront zu schaffen? Daß das Bürgerturn bei Nichteinigung nur den Nachteil und bei Einigung den Vorteil bringt, ist außer jedem Zweifel. Und soll das nicht untere nicht über das Parteilife hinausgehen?

Das Reichskabinett für die Senkung von Kartellpreisen.

Das Reichskabinett befaßt sich am Mittwoch mit dem vom Reichswirtschaftsminister erstatteten Gutachten über die Möglichkeit der Senkung von Kartellpreisen.

Wie berichtet, hat der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates der Reichsregierung empfohlen, Überprüfungen der Preispolitik der preisgebenden Unternehmen vorzunehmen, um festzustellen, wo die Kartellpreise überhöht sind, und wo zunächst auf dem Wege von Verhandlungen eine Senkung der Preise rasam erzielbar ist. Im Reichswirtschaftsministerium hat sich im Laufe der Jahre schrittweise Material gesammelt, das sich mit der Preisbildung der Kartelle befaßt, und das teimeswegs auf der Feststellung beruht, daß die Preispolitik der Kartelle in den letzten Jahren durchweg einwandfrei war. Das Reichswirtschafts-

ministerium prüft augenblicklich die angeblich vorhandenen Einflüsse im Kartellwesen und wird, sobald irgendwelche positiven Feststellungen getroffen sind, die entsprechenden Schritte einleiten. Das Reichskabinett hat am Mittwoch

die Grundlinien festgelegt, nach denen das amtliche Einschreiten erfolgen soll.

Wie erinnerlich, hat die Regierung bereits vor einiger Zeit zu verstehen gegeben, daß sie auf Grund der Kartellnotverordnung überall dort energig, unter Umständen sogar durch Auflösung der Kartelle, einschreiten werde, wo direkte Verhandlungen zwischen der Regierung und den Kartellen ergebnislos verlaufen. Voraussetzung hierfür ist freilich, daß das Vorhandensein überhöhter Preise nachweislich feststeht.

Die Arbeiter-Werke in Castron-Nauzel haben bei der zuständigen Behörde die Kündigung von annähernd 400 Arbeitern angefragt. Auf Zeche Werne werden 150 Mann, auf der Victoria- und Idern-Schächten ebenfalls 150 Mann und auf der Schachtanlage Königsdorn rund 90 Mann gekündigt.

In Rheinland und Westfalen hängen 400 Entlassungsanträge aus der Industrie, von den immer größeren Entlassungen in der Textil-, Eisen- und Kleinindustrie erzählt man selten etwas. Bedenken erweckt, daß auch die Kohlenzweige zu Entlassungen und Entlassungen übergehen. Die schlechte Wirtschaftslage greift jetzt auch auf den deutschen Außenhandel über.

Die Gewerkschaft Ewald in Berlin hat am Mittwoch bei der zuständigen Stelle im Oberbergamt Dortmund um die Entlassung von über 900 Arbeitern nachgehnt. Die Verhandlungen über diesen Antrag finden am Donnerstag statt.

Schlichtungsverhandlungen im Ruhrbergbau.

Wie aus Essen in der Kündigung des Verhandlungsums im Ruhrbergbau verläuft, hat der Schlichter, Prof. Brahn, die Parteien auf Montagmittags 15.30 Uhr zu Schlichtungsverhandlungen eingeladen. Die Parteienverhandlungen finden um 14.30 Uhr am selben Tage statt.

350 Entlassungen beim Statistischen Reichsamt.

Das Statistische Reichsamt sieht sich gezwungen, in der nächsten Zeit rund 350 seiner Angestellten zu entlassen. Von den Kündigungen sind 170 auf den Wegfall und die Erhebung verschiedener Arbeiten; die restlichen 178 auf die Streichungen im Haushaltsplan zurückzuführen. Die Kündigungen sind in enger Fühlungnahme mit dem Angehörigen zum 30. September erfolgt. Ein Teil der Gefährdeten soll jedoch nach Möglichkeit noch eine gewisse Zeit lang beschäftigt werden.

Entlassungen im Ruhrbergbau

Nachdem die Arbeiter-Werke die Stilllegung der Schachtanlage 3 ihrer Zeche Werne beantragt haben, wodurch 850 Bergarbeiter und Angestellte zur Entlassung kommen, und nachdem auch die Zeche Erbst 1 A. Antrag auf Entlassung von 500 Arbeitern und Angestellten auf der Zeche „Graf Hismarck“ gestellt hat, haben sich nunmehr die Vereinigten Schächter A.-G. an den Demobilis-

Brofalarmzustand in Rußland.

Die Zahlen, die die Moskauer Presse täglich aus den verschiedenen Gegenden der Sowjetunion über die Durchführung der Pläne der Einführung der Ernte, Sicherstellung des Getreide- und Durchfuhrung der Herbstausaat bringt, lassen immer mehr erkennen, daß die Ernährungslage kaum je angepanzter gewesen ist.

Während die Behörden eben erst über die Widerstände der Bauern gegen die Ablieferung des Getreides klagten, belagern jetzt amtliche Berichte aus Moskau, daß die Herbstausaat, die man von Moskau aus infolge der Inanspruchnahme durch die Ernteförderung vernachlässigte, sich im fast totalen Rückstand befindet. Am Schwarzmeergebiet, im Zentralasien, in Nordrußland und in den Kreisen von Nischni-Nogorod und Iwanow ist der Alarmszustand verheerend worden.

Das Schwarzmeergebiet, das die Ausaat bis zum 3. September beendet haben muß, hat bisher nur 0,9 v. H. durchgeführt. (1) Für den Norden betragt diese Zahl 5 v. H., für den Bezirk von Nischni-Nogorod 1 v. H., und im Bezirk von Iwanow hat bisher überhaupt nur zwei Bauern die Ausaat in Angriff genommen. Insgesamt sind in zehn Bezirken nur vier Hektar ausgeät worden.

Die Verknüpfung des Alarmszustandes bedeutet, daß von behördlicher Seite alle verfügbaren Kräfte aus Stadt und Land zur Hilfeleistung bei der Ausaat herangezogen werden.

Rußische Bauern gegen Herausgabe des Getreides.

Wie aus Moskau gemeldet wird, wird in einer amtlichen Erklärung sehr scharf gegen die Haltung der Bauern Stellung genommen, die allen Versuchen der Behörden, das Getreide für die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen, immer größeren Widerstand entgegenstellen.

Für die Tätigkeit der örtlichen Behörden, die mit dem Ruf aus dem Erntegebiet beauftragt sind, ist ein bestimmtes Programm angeleitet worden. Dieses Programm wurde in der ersten Hälfte des Monats nur bis zu 25 v. H. durchgeführt. Trotz aller energischen Maßnahmen der Sowjetregierung verweigern die Bauern das Getreide oder verkaufen es auf dem Schwarzmarkt. Der Plan der Regierung, der die Ernährung der Bevölkerung bis zur nächsten Ernte sicherstellen soll, droht damit zusammenzubrechen.

Todesurteile in Sowjet-land.

In Rußland-Zentralasien wurde nach den Angaben der amtlichen sowjetrussischen Stellen fünfzig eine Verurteilung gegen die Sowjetregierung angeordnet, in die hohe Gerichtsbeamte verwickelt waren. Zwei Angeklagte, der ehemalige Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes in Ufa, der Kommandant und ein Großhändler namens Alimov, wurden zum Tode verurteilt und erschossen. Zwei weitere Todesurteile gegen den ehemaligen Staatsanwalt und den Reichsanwalt am Obersten Gericht wurden von sowjetischen Großbauern in Schluß in eine 10jährige Gefängnisstrafe und Stellung unter Polizeiaufsicht verwandelt.

Das oberste Gericht in Moskau bestätigte das Urteil, wonach der ehemalige Vorsitzende des obersten Gerichts in Ufa, der Kommandant, zum Tode verurteilt wurde. Er wurde beschuldigt, mit sowjetischen Großbauern in Verbindung getreten und die Staatsgewalt untergraben zu haben. Zusammen mit ihm wurde der sowjetische Großbauer Alimov zum Tode durch Erschießen verurteilt.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der Verband der Wollwollen beschlossen, in Moskau eine besondere Universität zu gründen, die ausschließlich dem Kampf gegen die Religion gewidmet sein soll. Die Universität soll aus Mitteln des Verbandes errichtet und von der Regierung unterstützt werden.

Die Beziehungen eines Bandenführers.

Prominente Persönlichkeiten erhalten Geld.

Der Niesenband in Chicago, der kürzlich durch die Deckung der Bankfälscher des vor einiger Zeit ermordeten Unterweltführers Jack Jute aufgebeht worden ist, sieht immer weitere Kreise.

Nachdem schon der Polizeichef der Chicagoer Vorstadt Evanston eingekerkert wurde, von Jute in einem Brief als „Genosse“ angebetet worden zu sein, hat er nunmehr auch angeblich Befehlsgelder angenommen zu haben.

Obwohl die Behörden größte Diskretion bewahren, werden die Namen zahlreicher prominenter Persönlichkeiten genannt, die

als Geldempfänger ermittelt

aber fonsweise durch die beschlagnahmten Papiere kompromittiert sind. Unter diesen Persönlichkeiten sollen sich mehrere Politiker,

Nichter, Staatsanwälte, Polizeibeamte und Rechtsanwälte befinden.

Sämtliche Offiziere einer Chicagoer Polizeiwache stehen auf der Liste. Unter den beschlagnahmten Papieren befindet sich auch ein Scheck des Direktors der „Chicago Tribune“, John Craig. — Alle beschuldigten Personen

bestreiten,

mit Jute in irgendeiner kriminellen Beziehung gestanden zu haben.

Außerdem erregt auch die Untersuchung über den mysteriösen Tod des im vergangenen Jahre plötzlich verstorbenen Senators Joyce. Joyce war ursprünglich mit der Führung der Untersuchung der Affäre Jute beauftragt. Die ärztliche Untersuchung hat ergeben, daß Joyce vergiftet worden ist.

Ein Propeller fliegt in die Kabine.

Am Mittwoch vormittag war ein dreimotoriges Flugzeug mit 10 Passagieren in Luffin zum Flug nach Sara (Dalmatien) aufgestiegen. Plötzlich

löste sich der Propeller des einen Motors und wurde mit großer Wucht in die Passagierkabine geschleudert.

Obwohl die 10jährige Tochter des Kapitäns Guido Corfisch, des Vorgesetzten des Lloyd-Triebes, getötet und einer Dame ein Arm abgerissen wurde.

Das Wasserflugzeug landete sofort durch Radio Hilfen an Land und ging nieder, worauf ein Motorboot die Passagiere aufnahm, während das Flugzeug den Versuch machte und die Schwerverbete am Land brachte.

*

Auch über dem Münchener Flugplatz Oberwiesenfeld kürzte gestern nachmittags ein Flugzeug der Flugmeterwarte aus 1000 Meter Höhe ans bisher unbekanntem Ursprung ab. Der Pilotenführer Ohm war auf der Stelle tot; die Maschine wurde vollständig zertrümmert.

Das amerikanische Staatsdepartement hat sich kürzlich nach Fertigstellung des Berichtes des Fliegeradmirals Byrd über die Ergebnisse seiner Expedition die Forderung auf den Weltreis der von ihm entdeckten Landstriche auf diplomatischen Wege geltend zu machen.

*

Der japanische Flieger Seiji Yoshikawa ist gestern 5.44 Uhr auf dem Flugplatz Tempelhof zu einem Flug Berlin-Tokio gestartet. Die erste Etappe geht bis Königsberg i. Pr.

Wettstreit unter Bombenflugzeugen.

Eine rumanische Militärflugzeugstaffel die aus 6 Maschinen in Frankreich fertigegebene Bombenflugzeuge besitzt, hat gestern in Bourget verfliegen, um sich nach Sarbanon zu begeben, wo sie sich mit gleich starken Staffeln polnischer, südafrikanischer und holländischer Bombenflugzeuge treffen wird.

Die vier Staffeln werden sodann einen Rundflug über 4000 Kilometer um die Balkanhalbinsel machen, um sodann wieder nach Sarbanon zurückzufahren. Bei dem Flug über den sogenannten Coup der kleinen Nationen geht, handelt es sich in Wirklichkeit um einen Wettstreit in der Fabrikation von schweren Bombenflugzeugen mit 6 bis 800-PS-Motoren zwischen den vier genannten Ländern.

*

Schon ist eins zertrümmert.

Am Mittwoch vormittag verunglückte bei Gager ein der sechs rumanischen Flugzeuge, die in Paris zum Rundflug durch die Staaten der kleinen Orient und Polen gestartet waren. Das Flugzeug stürzte aus bisher unbekannter Ursache plötzlich zu Boden und wurde vollkommen zertrümmert. Die beiden Insassen wurden leicht verletzt.

Ein teures Gefundbeten.

Das leichtgläubige Opfer kreuzt Sala.

Die Gesundheitsbetenen, die trotz aller Warnungen immer noch gar zu leichtgläubige Opfer finden, müssen allmählich daran denken, neue Tricks auszubücheln. Nicht gründlich hat eine solche Schwindlerin gestern eine Frau in Berlin hereingelegt.

Das Vorpiel gestaltete sich dort wie überall. Der Fingerring unter dem Herzen und das Gemeldete des Bankergetes in ein Taschentuch vollzogen sich programmäßig. Die Schwindlerin hatte aber mit Mißfallen bemerkt, daß die Frau nur zwei Zwanzigmarschne in das Taschentuch knippte. Sie sagte sich, es müsse doch wohl mehr da sein, und wollte selbst nachsehen.

Sie drückte ihr das Taschentuch in die Hand und befohl ihr, die Treppe hinunter und wieder hinaufzugehen und die Schritte mit Salz zu bestreuen. Dann käme der Segen bestimmt ins Haus. Während die Frau treu und brav die Treppe bestreute, durchwühlte die Schwindlerin alle Behälter und fand schließlich noch eine alte goldene Uhr, die das Wirtinnehmer schon lobte. Unter dem süßlichen Vorspiel empfahl sie sich dann.

Als die „Wannzeit“ verstrichen war und die Frau das Tuch öffnete, waren die 40 Mark natürlich ebenfalls verschwunden.

U-Bootsfahrt unter Eis ist ungefährlich.

Professor Evedrup aus Bergen, der sich über ein halbes Jahr lang in Amerika aufgehalten hat und an der U-Bootsfahrt unter Eis von Wilkins teilgenommen wird, ist am Dienstag in Oslo eingetroffen. Er erklärte, daß seiner Ansicht nach die Unterwasserexpedition recht gefahrlos sei.

Zusammenkünfte mit der Eisbedeckung der Fahrt seien seiner Ansicht nach so, wie das Boot gebaut ist, ungefährlich.

Auf die Frage, ob Evedrup mit der deutschen „Neroartit“ anlässlich der Pläne einer Expedition in der Arktis teilzunehmen in Verbindung stünde, erklärte Evedrup, seitdem er nach Amerika gekommen ist, habe er nichts mehr gehört. Er habe keine Aufforderung bekommen mitzuführen und selbst wenn er eine derartige Aufforderung jetzt bekommen würde, im nächsten Jahre mitzuführen, würde er dies ablehnen müssen, da er keinesfalls auf die U-Boots-Expedition verzichten wolle.

Drei Paddler überrannt.

Der Reichsmarschall Spandau beschäftigt sich seit Mittwoch abend mit der Angelegenheit des Kaufmanns Herrmann Schick, der folgenden aufsehenerregenden Vorfall als Protokoll gab: Er sei der Besizer eines Paddelbootes das am Mittwochabend mit drei Personen besetzt in der Nähe von Schildhorn von einem Motorboot überfallen worden, so daß alle Insassen ins Wasser fielen.

Das Motorboot, das Eigentum des Staatssekretärs Dr. Weichmann ist, habe, ohne sich um die Verunglückten zu kümmern,

die Flucht ergriffen.

Nur einem Zufall sei es zu verdanken, daß er, Schick, und seine beiden Mitfahrer, von denen einer erhebliche Verletzungen erlitten hatte, gerettet wurden.

Von Flammen eingekreist.

In der Driftpol-Station in Oberbayern brach auf dem Stamme eines Landwirts Feuer aus, das die Bewohner bereits zu weit lagen. Das ganze Anwesen mit sämtlichen Nebengebäuden wurde eingeschlossen. Die Frau des Landwirts, die mit ihren fünf Kindern allein zu Hause war, erwiderte erst, als die Feuerwehre zum Hüfen erschienen war und die Flammen die Betten umzingelten.

Die Rettung der sechs Menschen gelangte erst nach einer halben Stunde. Die Mutter und ihre Kinder hatten bereits so schwere Brandwunden erlitten, daß drei Kinder sofort starben und die Mutter sowie die drei anderen Kinder kaum mehr mit dem Leben davonkommen werden.



DER KRAFTWAGEN - IHR GELDVERDIENER!



Mehreinkommen ist abhängig von der Rentabilität des Wagens. Die Betriebsstoffe spielen dabei eine wichtige Rolle. Tagtäglich soll der Motor seine Pflicht tun, zuverlässig, schnell und billig. Ein Geldverdiener muß er für Sie sein. Um das zu erreichen, ist die Verwendung hochwertiger Betriebsstoffe Voraussetzung.

Wer sparsam, sicher, kraftvoll und billig fahren will, tankt **DAPOLIN** und schmirt mit

STANDARD MOTOR OIL
Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft



Großtankstelle Merseburg, Mulandstraße 2. Telefon 2203

Nachruf

Am 19. August 1930 verschied, uns unerwartet, das Aufsichtsratsmitglied

Herr Lehrer

Hermann Schulze

Er hat dem Verein seit der Gründung im Jahre 1918 angehört. In ihm verlieren wir einen wissenschaftlichen und stets hilfsbereiten Mitarbeiter.

Vorstand u. Aufsichtsrat des Beamten-Wirtschaftsvereins Merseburg A.-G.

Unuonwärtige Theater

Programm für Freitag: Neues Theater, Leipzig 10 1/2 Uhr Eugen Drogotin

Frasermesser u. -Klingen schieft D. MÜLLER

Jeden Freitag und Dienstag Schlachtfest

Restaurant „Zum alten Fels“ „Am G. Viehst.

Speisezimmer! mit Leinwandstoffe

von Mk. 400 an Möbel-Einrichtung

Großer Laden mit Leinwandstoffe

Kapitalsuchende für Hypothek, Baugeld, Darlehen usw.

Am Freitag, 22. August 1930, 20.30 Uhr, spricht im „Kaffeehaus“

H. Krüger - Zeit über:

Die Andern am Ende Hitler am Anfang

Eintritt 30 Pf. Erwerblos gegen Ausweis 10 Pf.

Nat.-Soz. Deutsche Arbeiterpartei, Ortsgr. Merseburg

Schrittschneidende Hausmädchen

zum 1. September gesucht. Zu erfragen

Chauffeur

29 J., ledig, Führerschein 3. Kl. Stellung, Verdiente auch Nebenarbeiten.

Empfehle einen Transport schwerer, hochtragender und frischmilchender Kühe

mit Käben, sowie prima Käufer und Ferkel.

Hermann Weidner Groß-Kayna

Empfehle wieder eine große Auswahl hochtragender u. frischmilchender Kühe und Ferkel.

2 bis 3 Zimmer mit Küche u. jungen Brautpaar für sofort gesucht.

700 am Hallesche Chauffeur, 600 am Gerichtsrain verkauft

Hermann Kreisbühmer

1 junge hochtragende Kuh wegen Nachzugst zu verkaufen.

Advertisement for Elephanten-Seife (Elephant Soap) featuring an illustration of an elephant and a person riding on its back. Text includes 'Die beste für Haushalt und Wäsche' and 'Günther & Haußner A.-G. Chemnitz 16'.

Gewinnauszug 5. Klasse 35. Preußisch-Geldlosche (201. Preuß.) Klaffen-Lotterie

Table with 2 columns: 10.ziehungstag (20. August 1930) and 20. August 1930. Lists winning numbers and amounts.

Am Freitag, 22. August 1930, 20.30 Uhr, spricht im „Kaffeehaus“ H. Krüger - Zeit über: Die Andern am Ende Hitler am Anfang

Christliches fleißiges Hausmädchen zum 1. September gesucht. Zu erfragen

Chauffeur 29 J., ledig, Führerschein 3. Kl. Stellung, Verdiente auch Nebenarbeiten.

Empfehle einen Transport schwerer, hochtragender und frischmilchender Kühe

Hermann Weidner Groß-Kayna

Empfehle wieder eine große Auswahl hochtragender u. frischmilchender Kühe

2 bis 3 Zimmer mit Küche u. jungen Brautpaar für sofort gesucht.

Hermann Kreisbühmer

1 junge hochtragende Kuh wegen Nachzugst zu verkaufen.

Richard Smelling, Groß-Kayna, Dorfstraße Nr. 3

Zwangs vollstreckung Am 2. Oktober 1930, 9 1/2 Uhr wird am Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 32, zwangsversteigert

Bekanntmachung Am Sonntag, den 24. d. Mts. (Admiral) ist der Betrieb des Handelsbetriebs von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr und von 14 bis 18 Uhr getätigt.

Schreibweise der Straßen Im Entwurfnehmen mit dem Herrn Polizeipräsidenten in Weißenfels wird die Schreibweise nachstehender Straßen für die Zukunft wie folgt amtlich festgelegt:

Am Freitag, 22. August 1930, 20.30 Uhr, spricht im „Kaffeehaus“

Christliches fleißiges Hausmädchen zum 1. September gesucht.

Chauffeur 29 J., ledig, Führerschein 3. Kl. Stellung, Verdiente auch Nebenarbeiten.

Empfehle einen Transport schwerer, hochtragender und frischmilchender Kühe

Hermann Weidner Groß-Kayna

Empfehle wieder eine große Auswahl hochtragender u. frischmilchender Kühe

2 bis 3 Zimmer mit Küche u. jungen Brautpaar für sofort gesucht.

Hermann Kreisbühmer

1 junge hochtragende Kuh wegen Nachzugst zu verkaufen.

Richard Smelling, Groß-Kayna, Dorfstraße Nr. 3

Tivoli Merseburg Freitag, den 22. und Samstag, den 26. August 1930, abends 8 Uhr

Gr. Öffentlicher Vortrag Ueber Nacht gesund!

Eintritt frei! Alle Kranken laden wir hierzu ein.

Kleine Anzeigen für den Wohnungsmarkt

immer erfolgreich!

Speisezimmer modern komplett, echt Eiche, mit 1,80 Mt. breitem Büfett, nur 596,- Mk.

Speisezimmer komplett, echt Eiche, mit 2 Mt. breitem Büfett, nur 628,- Mk.

Gedr. Jungblut Halle (Saale) Albrechtstr. 37

Am Freitag, 22. August 1930, 20.30 Uhr, spricht im „Kaffeehaus“

Christliches fleißiges Hausmädchen zum 1. September gesucht.

Chauffeur 29 J., ledig, Führerschein 3. Kl. Stellung, Verdiente auch Nebenarbeiten.

Empfehle einen Transport schwerer, hochtragender und frischmilchender Kühe

Hermann Weidner Groß-Kayna

Empfehle wieder eine große Auswahl hochtragender u. frischmilchender Kühe

2 bis 3 Zimmer mit Küche u. jungen Brautpaar für sofort gesucht.

Hermann Kreisbühmer

1 junge hochtragende Kuh wegen Nachzugst zu verkaufen.

Richard Smelling, Groß-Kayna, Dorfstraße Nr. 3

Am Freitag, 22. August 1930, 20.30 Uhr, spricht im „Kaffeehaus“

Christliches fleißiges Hausmädchen zum 1. September gesucht.

Chauffeur 29 J., ledig, Führerschein 3. Kl. Stellung, Verdiente auch Nebenarbeiten.

Empfehle einen Transport schwerer, hochtragender und frischmilchender Kühe

Hermann Weidner Groß-Kayna

Empfehle wieder eine große Auswahl hochtragender u. frischmilchender Kühe

2 bis 3 Zimmer mit Küche u. jungen Brautpaar für sofort gesucht.

Hermann Kreisbühmer

1 junge hochtragende Kuh wegen Nachzugst zu verkaufen.

Richard Smelling, Groß-Kayna, Dorfstraße Nr. 3

Für Volk und Reich

Das Banner

Wahlzeitung der Deutschen Volkspartei // Landesverband Halle-Merseburg

Nr. 1. 21. August 1920 (Originalzeichnung von Heinrich Bernau)

Offener Brief an die deutschen Wähler

von Reichsminister a. D. Dr. Schulz, Vorsitzender der Deutschen Volkspartei.

Wir stehen vor ersten Entscheidungen. Die politischen Aufgaben, die der kommende Reichstag zu lösen hat, sind geradezu schicksalhaft.

Es geht wirklich um Volk und Reich,

um Leben und Sterben der deutschen Wirtschaft, um Arbeit und Brot — oder Elend für Millionen Volksgenossen. Entweder erlangt es, die deutsche Wirtschaft in allen Teilen von neuem zu beleben und sie in den Stand zu setzen, Not und Hunger zu beseitigen — oder alle unsere bisherigen Opfer und Mühen waren für lange Zeit vergeblich.

Zur Bekämpfung der größten Notstände fordern Reich, Staat und Gemeinden finanzielle Maßnahmen, die nur durch schwere Opfer gesichert werden können. Die Notverordnungen tragen dieser Sachlage Rechnung, trotz mancher Bedenken im einzelnen hat die Deutsche Volkspartei im Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber Staat und Volk zugestimmt. Sie hat sich selbstverständlich einigeteilt in die Front derer, die dem Ziele Hindenburgs zur Rettung des Staates und der deutschen Arbeit getreue sind.

Die parlamentarische Durchführung der getroffenen Maßnahmen wurde durch eine Mehrheit verhindert, die aus Kommunisten und Sozialdemokraten, Deutschen und Nationalsozialisten bestand, also durch eine Mehrheit, die innerlich einmütig und regierungsunfähig ist. Ihr gilt eine Arbeitstafel und regierungsfähige Mehrheit gegenüberstellen, die nicht nur bezogen auf die Gegenwart zu wirken, sondern auch gleichzeitig einwirkend ist.

ein großartiges Reformprogramm

für die Zukunft in Angriff zu nehmen. Nur durch die Erfüllung aller Gebote des öffentlichen Lebens werden wir vor neuen Erschütterungen bewahrt bleiben und die staatlichen Aufgaben der Gegenwart und Zukunft erfüllen können.

Ist das möglich, wenn den großen gesammelten Haufen der Sozialdemokratischen Partei und dem haarscharfen Nationalismus von links und rechts nur eine bunte Vielheit kleiner Parteien und Fraktionen der staatsbürgerlichen Richtung gegenübersteht?

Die Frage stellen, heißt, sie verneinen. Deshalb habe ich in Anknüpfung an die Besprechungen meines großen Vorgesetzten Stresemann an bereits am ersten Parteitag der Deutschen Volkspartei, der unter meinem Vorsitz in Mannheim tagte, eine feste Zusammenfassung der staatsbürgerlichen Parteien als dringende Aufgabe der Gegenwart bezeichnet. Ich habe gleichzeitig hinzugefügt, daß die Existenz der eigenen Partei und erst recht meine persönliche Stellung kein Hindernis sein werden. Diesen Standpunkt habe ich bis heute unbezweigt durchgehalten.

Ich habe die Parteien von Rathenower Graf Westarp zu einer Besprechung eingeladen und ihren Vertretern die Frage vorgelegt, ob sie, wie die Deutsche Volkspartei, bereit seien, ihre Sonderfragen abzugeben und die gemeinsamen Anliegen, um in eine gemeinsame staatsbürgerliche Front aufzugehen.

Die Wichtigkeit meines Vorschlages ist von den befragten Parteien nicht grundsätzlich verneint worden, keine politische Durchführung aber an sich nicht verdrängender Art festgestellt, über die nachträglich zu sprechen keinen Zweck hat. Trotzdem habe ich das aufgestellte Gesamtziel immer im Auge behalten und den in Frage kommenden Parteien vorgeschlagen, im kommenden Reichstag eine

Fraktionsgemeinschaft

zu bilden und diese Pflicht auch in einem gemeinsamen Botschaftsantrag anzuerkennen. Eine solche Fraktionsgemeinschaft, die in den entscheidenden Schicksalsfragen auf einer gemeinsamen Linie kämpft, würde in dem parlamentarischen Ringen des Reichstages eine entscheidende Rolle spielen. Denn

Die Politik der Deutschen Volkspartei im neuen Reichstag.

Der große deutsche Staatsmann der Nachkriegszeit, Dr. Gustav Stresemann, der Gründer und Führer der Deutschen Volkspartei, hat von 1923 bis 1929 die Befreiung der besetzten Gebiete als die oberste Aufgabe der deutschen Politik herausgestellt und daher diesem politischen Ziele alle übrigen Fragen untergeordnet. Die Dankesworte Hindenburgs an Stresemann bei der Befreiungsfeier in Mainz brachten zum Ausdruck, was Millionen guter Deutscher in diesem feierlichen Augenblick empfanden:

„Mit Ihnen allen bedauere auch ich, daß der Mann, mit dessen Namen sich das Bemühen, unter Opfern und durch Verständigung die Befreiung rheinischer Gebiete zu erlangen, unlösbar verknüpft, daß Gustav Stresemann heute nicht mehr unter den Lebenden weilt, die ihm hier den Zoll seines Dankes entgegengebracht hätten. Wir gedanken in dieser Stunde seiner als eines Mannes, der in unerlöschlicher Pflichterfüllung seiner selbst gestellten Aufgabe der Befreiung der Rheinlande treu bis zum letzten Atemzuge gedient hat und als Opfer dieses Dienstes von uns gegangen ist.“

Im Kampf um die Rheinlandbefreiung hat sich die Deutsche Volkspartei als pflichtbewusste Staatspartei im besten Sinne des Wortes bewährt. Gezwungen durch die Ablehnung der deutschen Rechte, den von Stresemann als einzig möglich erkannten Weg mitzugehen, hat sie sich der Unterstützung der Sozialdemokratie zur Erreichung des außenpolitischen Zieles bedient und die innenpolitischen Ziele daher nachgegeben in die zweite Linie stellen müssen. Niemals aber hat die Deutsche Volkspartei auf ihre grundsätzlichen innenpolitischen Forderungen verzichtet. Wenn sie heute den Kampf um deren Verwirklichung aufnimmt, so vollzieht sie einmal Stresemanns Vermächtnis. Bereits im Frühjahr 1929 hat Dr. Stresemann ausgeprochen, daß nach der Sicherstellung der Rheinlandbefreiung die Deutsche Volkspartei die

Führung im grundsätzlichen Kampf um die Reform des Reichs an Haupt und Gliedern

zu übernehmen habe. Zum anderen leistet sie, wie sie es immer getan hat, zur Rettung Deutschlands aus den schweren Gefahren seiner politischen, wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Lage durch umfassende Reformen auch heute treue Gefolgschaft.

Daher fordert die Deutsche Volkspartei vom neuen Reichstag:

auf dem Gebiete der Innenpolitik:

- Umfassende Senkung der Ausgabenwirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden.
- Abbildung der untragbaren öffentlichen Belastung, Beseitigung der Auswüchse und Mißbräuche der sozialen Versicherungseinrichtungen zur Sicherung des gefunden und notwendigen Kerns, Umbau der gesamten Steuergegebung.
- Stärkung der Reichsgewalt durch Neuordnung des Verhältnisses von Reich und Ländern unter Beseitigung des Länderparlamentarismus, Festigung der Stellung des Reichspräsidenten gegenüber dem Reichstag und Ausbau des Reichsrates zur Ersten Kammer;

auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik:

- Erfolgreiche Umkehr auf dem Wege der Sozialisierung und Verbeamtung der Wirtschaft,
- Abbau der noch bestehenden Reste der Wohnungszwangswirtschaft in kurzer Frist,
- Beseitigung der steuerlichen Bevorzugung der Betriebe der öffentlichen Hand,
- Beschränkung der Subventionen auf Ausnahmefälle,
- Sicherung und Förderung der mittleren und kleinen Betriebe durch entsprechende Umgestaltung der Gesetzgebung und planvolle Auftragspolitik;

auf dem Gebiete der Kulturpolitik:

- Pflege und Schutz der moralischen Kulturpfiler, Schutz insbesondere der Religion, der Familie und der Jugend gegen den sich immer breiter machenden Kulturbolschewismus;

auf dem Gebiete der Außenpolitik:

- Festsetzung des Rahmens um die volle Wiederherstellung der Souveränität des Reiches, die Gleichberechtigung des deutschen Volkes mit allen übrigen Völkern, die Wiederherstellung der durch den deutschen Lebensraum gekennzeichneten Grenzen,
- Führung dieser Politik unter Ablehnung jeder Politik der Abenteuer.

Große Ziele gilt es zu verwirklichen!

Bekannt Euch zu diesen Zielen deutscher Zukunft!

Wählt die Deutsche Volkspartei! Wählt Liste 5!

Macht nämlich, die dem deutschen Staatsbürgertum bisher durch sein Zerstückeln verweigert hat. In Einzelfragen von geringerer Bedeutung könnte eine solche Fraktionsgemeinschaft ihren Gruppen einen gewissen Spielraum lassen, wie ja schon bisher in allen Fraktionen für Einzelfragen abweichende Gesichtspunkte zur Geltung gekommen sind.

Mitten in diese Verhandlungen hinein trat die Gründung der neuen Staatspartei.

Sie ging aus von Kreisen der Demokratischen Partei und der Volkspartei, die mit der Staatspartei nach zahlreichen bisherigen Veröffentlichungen das ausgesprochene Ziel der Bildung einer bürgerlichen Front im gegenseitigen sich bildenden Rechte verlor. Die Gründer dieser Partei haben von Anfang an und wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß sie zwar auf Teile der Deutschen Volkspartei rechneten, aber eine geschlossene Vereinigung mit ihr ablehnten. Diese Tendenz geht aus der Botschaft der Gründung ohne weiteres hervor.

Ich habe die Führung der Deutschen Volkspartei im Sinne Stresemanns übernommen, um sie als den letzten Kern zur Sammlung aller staatsbürgerlichen Kräfte von rechts und links zu erhalten, nicht aber, um die Partei und ihre treuen Anhänger als Material einseitiger Parteigründungen zur Verfügung zu stellen.

Ich war mir von vornherein der überaus großen Schwierigkeiten bewußt, die sich bei der Durchführung meines Planes der staatsbürgerlichen Sammlung auf breiter Linie entgegenstellen würden. Auch Stresemann hat hier immer wieder von einer „Gegenwartsaufgabe und einer Zukunftsaufgabe“ gesprochen, um dadurch zu sagen, daß es leicht sei, ihr Hindernisse in den Weg zu legen, die in kulturpolitischen, wirtschaftspolitischen und sonstigen Gegenständen beruhen.

Gewiß gibt es besondere Fragen, über die von vornherein grundsätzlich Klarheit geschaffen werden muß. Es die

Stellung zur Sozialdemokratie.

Ich habe am dem Mannheimer Parteitag gesagt, daß es bei der ablenkbaren Stärke der Sozialdemokratie auf die Dauer kaum möglich sein würde, ohne sie zu regieren. Das ist das Ergebnis nüchternster Abwägung der parlamentarischen Kräfte und Möglichkeiten. Ich habe aber nicht gesagt, daß die deutsche Volkspartei auch den Kampf mit der Sozialdemokratie um die grundsätzliche Staatsaufstellung verzichten könne. Eine solche Einstellung würde die endgültige Kapitulation des deutschen Bürgerrechts bedeuten. In jedem Falle wird man zugeben müssen, daß ein durch seine Zerstückelung politisch ohnmächtiges Bürgerrecht gegenüber der sozialdemokratischen Macht ein schändlicher Partner ist.

Nur wenn die staatsbürgerliche Fraktionsgemeinschaft berufenen Gruppen groß und hart ist, mit denen die staatsbürgerliche Reichstagsfraktion außer dem Zentrum zu rechnen hat, wird das deutsche Staatsbürgertum sich eine wirkliche Machtstellung in der parlamentarischen Kämpfe verschaffen. Sonst niemals.

Es muß endlich dem Bewußtsein folgen, daß sich die Sozialdemokratie durch gemeinsame Kraft und Dummheit immer wieder von neuem gibt.

So sehr es in diesem Kampfe um wirtschaftliche und finanzielle Fragen geht, wollen wir doch nicht vergessen, daß die

Erhaltung der deutschen und christlichen Kultur

im Kampfe gegen die zerstörenden Elemente des Kulturbolschewismus ist eine gemeinsame Aufgabe aller Männer und Frauen ist, denen die Zukunft unseres Volkes am Herzen liegt. Der preussische Herr Finanzminister Hopfener-Wegscheide hat mich öffentlich gefragt, ob ich es für möglich halte, daß man als liberaler Mann auf die Dauer gemeinsame Kulturpolitik mit Graf Westarp und Schiele machen könne. Bill Herr Hopfener-Wegscheide damit etwa sagen, daß

Die Kulturpolitik, die unter der vorhergehenden Führung der S.P.D. in Preußen betrieben wird, ein Vorbild oder ein Ideal für den Liberalen Staatspartei, die diesen Namen mit Recht trägt, kann Herr Goepfert-Schiff die Frage nicht beiseite lassen.

Vor allem muß ich es ablehnen, daß der Name unseres unerschrockenen

Streifemann

gegen die Deutsche Volkspartei und ihre Politik von all denen ins Feld geführt wird, die nicht die bürgerliche Sammlung, sondern eine einseitige Unterpartei erblicken. Wir haben unseren Streifemann selber gekannt. Sein höchstes Ziel war es immer, auch die wertvollsten Kräfte der deutschnationalen Volkspartei für den Staat zu gewinnen und in die staatspolitische Arbeit einzubeziehen. Immer wieder hat er versucht, dieses Ziel zu erreichen. Ob er gerade heute, wo sich viele geschichtliche Wandlungen der Nation vollziehen, das Ideal der innerpolitischen Entwicklung in der Bildung einer bürgerlichen Union mit harter Ablehnung an die Sozialdemokratie setzen würde, das möchte ich in Übereinstimmung mit der gesamten Deutschen Volkspartei verneinen.

Wenn es mir nicht gelungen ist, die großen Ziele heute zum Erlöse zu führen, so können und dürfen sie deshalb nicht in der Verleugung verenden. Die Deutsche Volkspartei muß ihnen weiter dienen und weiter für sie kämpfen. Auch im kommenden Reichstags. Die Entwicklung wird uns recht geben.

Es geht durch unser Volk ein tiefes Sehnen,

herauszukommen aus parteipolitischer Engstirnigkeit, hinauskommen zu einer Politik staatsbürgerlicher Wesenheit. Verantwortung und Pflichtgefühl sind es, die uns heute am meisten drängen. Diesem Sehnen wollte ich dienen.

Gerade weil dem so ist, gehen wir nun als Deutsche Volkspartei mit vollen Geschulden in den Wahlkampf, erfüllt vom Geist Streifemanns und von dem großen Pflichtgefühl unseres Reichspräsidenten von Hindenburg. Nachdem unsere weitergehenden Pläne abgelehnt sind, die von uns gewünscht wurden, gilt es jetzt, die Deutsche Volkspartei kräftig und einheitlich aus diesem Wahlkampf herauszuführen, um den Kern zu erhalten, der für die künftige staatsbürgerliche Entwicklung, für die Sammlung aller aufbauenden Kräfte notwendig ist. Diese Kernkraft ist nicht zu erschüttern, er trägt in sich die geordneten aufbauenden Elemente, die zu einer besseren Bekämpfung des parlamentarischen Lebens und — was mehr ist — zur Rettung des Vaterlandes aus Gefahr und Not erforderlich sind.

Für Deutschlands Zukunft, für den deutschen Staat, für deutsche Arbeit und Kultur: das ist unsere Lösung!

Deshalb, deutsche Männer und Frauen: Auf zur Wahl!

Deutschen Gruß!

H. Schulz

Wir rufen Euch auf

deutsche Männer und Frauen, in Stadt und Land, jung und alt,

zur Entscheidung über die Zukunft von Volk und Reich!

In schwerster Notzeit hat der Reichstag versagt, haben die Sozialisten aller Parteigattungen — Kommunisten, Nationalsozialisten und Sozialdemokraten —, aber auch eine bürgerliche Gruppe, die deutschnationalen des Herrn Hugenberg, den

Ruf Hindenburgs zur Rettung des Volkes aus Elend und Arbeitsnot, zur Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft, zur Sicherung des bedrohten Offens, zur Festigung des Reiches durch Ordnung seiner Finanzen, die Befolgung versagt. Ein solcher Reichstag darf nicht wiederkehren.

Verantwortungsbewußtsein und Pflichtgefühl müssen in diesem Wahlkampf siegen über Wirtschaftskrieg und Kulturbolschewismus und verblenden Parteigeist!

Wer in diesem Entscheidungstempel absteht, handelt verantwortungslos! Wer sich der Stimme enthält, stimmt mit den Gegnern des Bürgerturns!

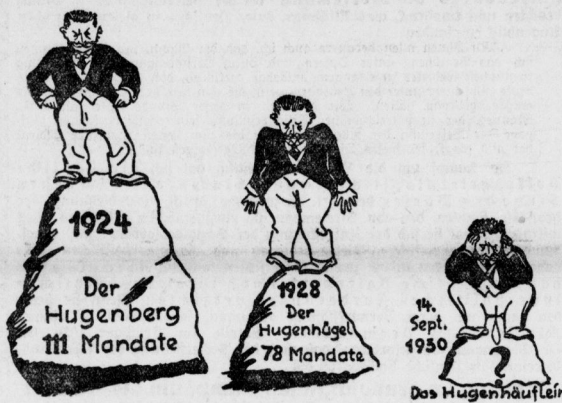
Entscheidet Euch, wem Ihr mehr vertraut: den zerstörenden und auflösenden Kräften verblendeter und unverantwortlicher Parteipolitiker oder dem vaterländischen Pflichtgefühl des Reichspräsidenten v. Hindenburg! Die Wahl wird jedem guten Deutschen nicht schwer fallen.

Schert Euch daher um unser Banner zum Kampf für Volk und Reich!

Wählt Deutsche Volkspartei!

Wählt Liste 5!

(Dr. Cremer — Schmidtchen — Erbroth — Frau Witzholz — Barthel)



„Die deutschnationalen Bataillone sammeln sich!“ (Hugenberg auf dem Hallischen Parteitag am 1. 6. 1930)

Deutsche Frau, auch du bist der Staat,

das zwingt dich in dieser Schicksalsstunde, deine Pflicht bis zum äußersten zu tun.

In einer Zeit höchster vaterländischer Not ist Geschlossenheit aller, die dem Staat erhalten wollen, dringendes Gebot. Die Frauen der Deutschen Volkspartei bedauern deshalb, daß die Verbindung gesinnungsverwandter Kreise zu deren Sammlung der volksparteiliche Führer erlaubt, sich gesinnungstreu nicht herbeizuwenden lassen. Gegenüber der Gefahr wirtschaftlicher Verelendung, die sich für das deutsche Volk als Ganzes ebenso verhängnisvoll auswirkt wie für die deutsche Familie,

gegenüber der Gefahr, daß das Verlangen einer kleinen Minderheit im letzten Reichstag heraufbeschworenen Gefahr, daß staatszerstörende Elemente des Rechts- und Sozialismus die Oberhand gewinnen, zu tun ist die Frau auch in unerschütterlicher Treue zur Deutschen Volkspartei zu stehen, zur Partei Streifemanns, und in ihr alle staatserhaltenden Kräfte, alt und jung, zu einem, um einen arbeitsfähigen neuen Reichstag mit einer starken bürgerlichen Mitte zu schaffen. Das vorzuziehen ist die Verantwortung für den Staat, auch wenn sie die Frau in dem unerschütterlichen Glauben an unser deutsches Volk zur Ausübung der Pflicht zwingen, damit ihr nicht nur die nationale und wirtschaftliche Zukunft sichern, sondern auch die sittlich-religiösen Grundlagen des Volks- und Staatslebens erneuern helfe.

Die deutsche Frau wählt Liste 5!

Der Weg der Pflicht!

Aus dem Artikel, den Geheimrat Raßl über die Sammlungsbeiträge der bürgerlichen Parteien in der „Nationalistischen Correspondenz“ vom 10. August d. J. veröffentlicht hat, glaubt die „Saale-Zeitung“, Halle, eine unklare Stellung der Deutschen Volkspartei gegenüber der Sozialdemokratie herauslesen zu können. Das ist eine vollständige Verkennung der Sachlage, die wir leicht richtig stellen können.

Der Vorwurf, der unerschütterliche hier der Volkspartei gemacht wird, trifft einzig und allein die Deutsche Staatspartei. Gerade weil die Führer der Deutschen Staatspartei sich eine Bindung nach links ausdrücklich vorbehalten haben, hat Raßl, wie die gesamte Deutsche Volkspartei, klar und deutlich ein einheitliches Zusammengehen mit der Staatspartei abgelehnt.

Der Weg der Pflicht führt die Deutsche Volkspartei in den

Kampf gegen die Sozialdemokratie, weil ein Ausbau sozialistischer Wirtschaftspolitik und verantwortungsloser Finanzpolitik, weil eine Verelendung der öffentlichen Verwaltung an die S.P.D. und ihre Gewerkschaften, weil jede Auslands- und überseesegerte Sozialpolitik das deutsche Volk nur weiter und tiefer in den Abgrund des Wirtschaftskriegs und Kulturbolschewismus führen muß.

Der Weg der Pflicht, den die Deutsche Volkspartei mit Beharrlichkeit verfolgt, steht hinaus auf eine Zusammenfassung aller staatsbewußten bürgerlichen Kräfte, auf die Schaffung einer entschlossenen Kampffront mit der Hindenburg und seine Regierung das große Reformwerk, das uns allein aus Not und Elend führen wird, in Angriff nehmen kann.

Verantwortlich: Dr. Scheppelmann, Halle (S.). Druck: Otto Wendel-Druckerei, Halle (S.).

Otto Thiel, M. d. R., zur Angestelltenenschaft.

„Das Ziel der Deutschen Volkspartei im alten Reichstag war:

Die Wiederaufrichtung der Wirtschaft, die Rettung von Millionen Menschen aus Arbeitslosigkeit und Elend durch Gefundung der Finanzen im Reich, Ländern und Gemeinden.

Die verantwortungslosen Elemente der radikalen Rechten haben zusammen mit der klassenintoleranten Sozialdemokratie die Erreichung dieses Zieles verhindert. Was an notwendigen und gefunden Reformen vorbereitet war, wurde verschlagen. Nationalsozialisten und Hugenbergianer sind zusammen mit Sozialdemokraten und Kommunisten der staatsbürgerlichen Front in den Rücken gefallen. Sie haben sich damit dem ehrwürdigen Reichspräsidenten von Hindenburg entgegengestellt, der den Wunsch hatte, das große Reformwerk zur Sicherung des Staates, zur Rettung der Menschen aus Arbeitslosigkeit und Not und zur Festigung der deutschen Wirtschaft schnell durchgeführt zu sehen.

Millionen Menschen sind aus Arbeit und Beruf geworfen, Millionen Entlassenen sind gefährdet. Der wirtschaftliche Niedergang schreitet fort, und das Riesenheer der Arbeitslosen droht weiter anzuwachsen. Möge das deutsche Volk in dieser Stunde erkennen, daß nur der Deutschland zu retten vermag, der Arbeitsmöglichkeit schafft, der Zerstörung der Wirtschaft Einhalt gebietet und das Reich finanziell und verfassungsmäßig auf gesunde Grundlagen stellt!

In dieser schweren Stunde ist es Pflicht der deutschen Angestelltenchaft ihre staatspolitische Haltung auch in diesem Wahlkampf zu beweisen.

Wir Angestellten wollen keine Schlagworte mehr hören, wir wollen zielkräftiges staatspolitisches Handeln. Der soziale Fortschritt kann nur gefördert werden in einer gefundenen Wirtschaft, in einem innerlich starken und finanziell gefundenen Staat. Die Deutsche Volkspartei stellt sich in aller Treue dem Reichspräsidenten und der von ihm eingeleiteten Regierung im Bewußtsein ihrer Verantwortung für Staat und Volk zur Verfügung. In ihr und mit ihr zu arbeiten ist darum unsere Aufgabe.

Die junge Volkspartei.

Leere Versprechungen ziehen nicht mehr, am wenigsten bei der jungen Generation, die heilförmig geworden ist. Dies sollte auch der Deutschen Staatspartei nicht unbekannt sein. Es scheint aber doch nicht so. Ihr Appell an die begüterungsfähige junge Generation ist jedenfalls mit ihren bisherigen Taten nicht in Einklang zu bringen. Wer die Jugend aufruft, muß ihr auch einen Pfad zur Mitarbeit einräumen. Daß in der Deutschen Staatspartei alles beim Alten geblieben ist, werden am besten die auf verlorenen Posten gestellten prominenten jungen Politiker der Staatspartei bezeugen können. Auch Herr Dr. Eichenbach wird zugeben müssen, daß man seine Arbeitskraft reichlich überschätzt hat, wenn man ihm als Spitzenkandidaten in Niedersachsen die Vermehrung von 15 000 Stimmen auf 60 000 zugemutet hat, Herrn Rodius v. Rheinbaben, der mit der Spitzenkandidatur im Wahlkreise Robens-Trier beehrt worden ist, — aus dem übrigens noch niemals ein Demokrat in den Reichstag einzuziehen konnte — bleibt das Kunststück vorbehalten, ganze 10 000 Stimmen mit 6 zu multiplizieren. Auch Herr Dr. Windhoff wird inzwischen gemerkt haben, daß mit leeren Versprechungen doch nicht ohne weiteres eine Betätigung im Deutschen Reichstage gegeben ist. Einen so fähigen jungen Menschen in die Hintermannschaft der Kandidaten einzureihen, steht mit dem Verjüngungsstreben der Staatspartei in recht merkwürdigem Widerspruch. Vielleicht liegt das aber daran, daß das Vertrauen in die politischen Fähigkeiten der Jungen in der Staatspartei bei den Alten der Staatspartei doch nicht ganz so groß ist, wie der Ruf nach die außerhalb der Staatspartei stehende junge Generation es gern wahr haben möchte.

Die Deutsche Staatspartei hat in freigelegtester Weise ihre jungen Politiker mit Königsgelohn beschenkt, die im Monde liegen, ein sehr bequemes Dasein, das bei der jungen Generation kaum große Begeisterung erwecken wird.

In der Deutschen Volkspartei sieht es, Gott sei Dank, anders aus. In Streifemannschem Geist hat die Partei die Führer ihrer jüngeren Generation auf sichere Posten gestellt. Der Führer der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler, Frank Glahe, steht an unbedingt ausschlaggebender Stelle der Reichsliste. Ebenso sicher sind die Kandidaturen der jungen Volksparteiler Regh-Köln, Bellmann-Gemhilt, Diekmann-Dresden. Sie werden, wie ihre Amtsvorgänger, am 14. September in den Reichstag einziehen. Daß außerdem der Name von über 50 jungen Volksparteilern auf den Wahlzetteln, also an 2. bis 4. Stelle, erscheinen, ist ein lebendiger Beweis, daß in der Deutschen Volkspartei alt und jung in geschlossener Front, Schulter an Schulter marschieren.